

# Ökonomie und Sozialraum

## Innovative Konzepte umsetzen

„Ökonomie und Sozialraum – Innovative Konzepte in der Pflege“ war das Leitthema einer Tagung, die vom **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** des Landes Rheinland-Pfalz (MSAGD) in Zusammenarbeit mit der **Bank für Sozialwirtschaft (BFS)** veranstaltet wurde und am 13.5.2015 in Mainz stattfand. Betreiber und Investoren sind eingeladen, den Weg mitzugehen.

Sowohl die Pflegeanbieter als auch die Kommunen stehen vor neuen Herausforderungen. Wie gehen Anbieter und Kommunen mit dieser Entwicklung um?

Die Tagung diente als Plattform, um sich diesbezüglich zu informieren, sich auszutauschen, zu diskutieren und sich zu vernetzen. Dass hierzu bei Anbietern und Kommunen eine entsprechende Bedürfnislage vorhanden ist, machte die Zahl der Teilnehmer deutlich: Es waren ca. 200. „Diese Fachtagung ist ein wichtiger Beitrag, den Diskurs über zukunftsfähige Strukturen in der Pflege und Betreuung zu fördern“, so **Bernhard Scholten**, Leiter der Abteilung Soziales und Demografie im zuständigen Landesministerium. Und: „Ich erkenne eine deutlich zunehmende Bereitschaft der Anbieter, innovative Pflegekonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Anbieter und Investoren, denen eine gute Pflege und Betreuung, die Teilhabe pflegebedürftiger Menschen an der Gemeinschaft und attraktive Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten mindestens genauso wichtig sind, wie berechnete und realistische Gewinnerwartungen, sind ausdrücklich eingeladen, die künftige Entwicklung gemeinsam mit der Landesregierung in Rheinland-Pfalz zu gehen.“



„Anbieter entwickeln zunehmend innovative Angebote.“

**Bernhard Scholten,**  
MSAGD, Mainz

In dem Eröffnungsvortrag gab **Prof. Dr. Harald Schmitz**, Vorstandsvorsitzender der **Bank für Sozialwirtschaft AG** einen Gesamtüberblick über die

Entwicklungen des Pflegemarktes: Der Pflegemarkt ist nach wie vor von einer positiven Wachstumsdynamik geprägt – insbesondere die ambulanten Wohnangebote und teilstationäre Tages- und Nachpflegeeinrichtungen boomen. „Die zusätzlichen Pflegebedürftigen werden sich auf ein stärker differenziertes Angebot an stationären, ambulanten und teilstationären Formen des Wohnens und der Pflege von Senioren verteilen. Nebenstationäre Angebote können eine effektive Alternative zu vollstationären Dauerpflegeeinrichtungen sein. Daneben werden die Einrichtungen der vollstationären Dauerpflege weiterhin eine bedeutende Rolle in der Altenhilfe innehaben.“ Zunehmend entstehen Geschäftsmodelle, die in unterschiedlichen Kombinationen Seniorenwohnen, Betreutes Wohnen und/oder ambulant betreuten WGs mit vollstationärer Dauer- oder Kurzzeitpflege, teilstationärer Tagespflege etc. in einem Unternehmen zusammenfassen.

### Ambulanter Dienst als Dreh- und Angelpunkt der lokalen Struktur

In einer Gesprächsrunde zur ambulanten und teilstationären Versorgung wurde deutlich, wie aufgrund der neuen Gesetzgebung sich die Finanzierungsmöglichkeiten verbessert haben, sich das Leistungsspektrum weiter auffächert, die Anbieter – auch die mit wenig Kapital – in immobiliengebundene ambulante Angebote (z.B. ambulant betreute Wohngemeinschaften, Betreutes Wohnen) gehen und gar in die stationäre Versorgung expandieren. Ambulante Pflegedienste werden vermehrt gehandelt; die Unternehmen werden größer. Der Wettbewerb nimmt zu – auch deshalb, weil bislang nur stationär aufgestellte Anbieter nun ihr Leistungsportfolio um ambulante und teilstationäre Angebote erweitern.

„Ambulante Pflegedienste sind zum Dreh- und Angelpunkt der neuen Infrastruktur für das Wohnen, die Betreuung und Pflege der Senioren geworden“, stellt **Martin Hölscher, IS-Immobilien Service GmbH**, fest. „Mit ambulanten und teilstationären Angeboten lassen sich auch in kleinen Kommunen unter 3.000 Einwohnern äußerst lebenswerte und rentable immobiliengebundene Angebote für Senioren schaffen.“ Um den Senioren so viel Selbstbestimmung wie möglich zu erhalten ist es notwendig,

so der Ansatz von **Marcel Müller-Rechenbach, Pflege mit Leidenschaft GmbH** aus Erfurt, ein Spektrum von Leistungen anzubieten, das deren differenzierten Bedürfnissen – auch vor Eintritt der Pflegebedürftigkeit gerecht wird. Neben der ambulanten Pflege gehören hierzu u.a. Essen auf Rädern, Wäsche auf Rädern, hauswirtschaftliche Dienstleistungen, Wohnanpassung, Tagespflege, Kurzzeitpflege, ambulant betreutes Wohnen. Auch Leistungen außerhalb des Leistungsrechts werden angeboten.

Die Wirtschaftlichkeit ambulanter Dienste im ländlichen Raum könnte u.a. gestärkt werden, indem, so **Uwe Berens, Projekt 3 gGmbH** aus Mayen, vermehrt ambulant betreute Wohngemeinschaften in den Orten eingerichtet würden. Als wichtige Erfolgsvoraussetzung für die neuen Wohnformen mit der ambulanten Versorgung gilt, sie mit bürgerschaftlichem Engagement zu kombinieren.

### Entwicklung der stationären Pflege

Der Entwicklung der stationären pflegerischen Versorgung widmete sich die zweite Gesprächsrunde. Die Ertragslage der Pflegeeinrichtungen wird schwieriger, die Anbieter sind gefordert, die baulichen Strukturen und die Leistungskonzepte an der sich verändernden Nachfrage auszurichten, und sie müssen sich einpassen in die sich neu entwickelnde örtliche Versorgungslandschaft. Entsprechend organisieren sich die Einrichtungen nach dem Hausgemeinschaftsprinzip, richten sich aus auf den höheren Anteil an Bewohnern mit Demenz und intensivem Pflegebedarf, entdecken auch anderen Zielgruppen wie z. B. „Junge Pflege“ (**Karin Götz, Ev. Altencentrum Cronenberger Straße gGmbH**, Solingen); zunehmend findet eine Erweiterung des Leistungsspektrums z. B. um Seniorenwohnen sowie teilstationäre und ambulante Pflege statt. Mit der Erweiterung der Angebotspalette wird „eine für den Ertrag relevante Wertschöpfungskette entwickelt“, so **Jürgen Hecht, DRK KV Hagen**.

Auch kleinere stationäre Einheiten können Bausteine einer leistungsfähigen Infrastruktur für ältere Menschen sein. **Bernd Nommensen, NoRa Pflegewohnhaus KG**, Wesselburen, stellte eine 24er Einrichtung – organisiert nach dem Hausgemeinschaftskonzept – vor, deren Betriebskonzept den Praxistest bestanden hat. Solche Einrichtungen können im ländlichen Bereich Beschäftigung schaffen, und die pflegebedürftigen Einwohner müssen nicht abwandern. Eine nachhaltige Ambulantisierung der Pflegeinfrastruktur braucht nach **Rolf Gennrich, GEWIA Unternehmensberatung**, Langenfeld, „qualitätsvolle und leistungsfähige Pflegeheime, die sich wiederum selbst auch als Teil des ambulanten Hilfesystems verstehen“.



Diskussion konkreter Beispiele in verschiedenen Gesprächsrunden unter der Leitung von Dr. Berthold Becher (2.v.r.).

### Kommunen mit neuer Gestaltungsverantwortung

Deutlich wurde in der dritten Gesprächsrunde, dass die Kommunen immer mehr relevante Partner der Anbieter im Entwicklungsprozess hin zu der neuen Versorgungslandschaft werden. Sie können darauf hinwirken, dass mit bedarfsgerechten und abgestimmten Leistungen bzw. Maßnahmen Lebensräume für das Älterwerden vor Ort entstehen. Sowohl **Dr. Fritz Brechtel**, Landrat des **Landkreises Germersheim**, als auch **Dagmar Vogt-Janssen, Landeshauptstadt Hannover**, sehen die Kommunen gefordert, eine aktivere Rolle bei der Gestaltung von Lebensräumen für das Älterwerden und der Versorgungsstruktur für Senioren zu übernehmen. Mit Sozialraum bzw. Quartierentwicklung werden Bedarfslagen offensichtlich und soziales Engagement mobilisiert. „Aufgabe der Kommunen ist es“, so Vogt-Janssen, „im Quartier mit Partnern die erforderlichen Abstimmungs- und Beteiligungsprozesse zu initiieren, zu moderieren und deren Umsetzung zu fördern.“

„Die Beteiligung und Einbindung der Bürgerschaft bei Planung und Realisierung der Hilfestrukturen“ ist auch für Brechtel unverzichtbar. Die Gemeinden und die Verwaltung stehen vor der Aufgabe, gemeinsam mit Seniorenbeauftragten, der engagierter Bürgerschaft und professionellen sozialen Trägern passgenaue Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Die in Rheinland-Pfalz gegebenen landesrechtlichen institutionellen Möglichkeiten (Pflegekonferenz, Pflegestrukturplanung etc.) sollen mit dem entsprechenden politischen Gestaltungswillen genutzt werden, um mit den Akteure ein Leitbild sowie ein Versorgungs- und Maßnahmenkonzept festzulegen. Wie weit das Engagement einer Kommune für die pflegerische Infrastruktur gehen kann, legte **Jörn Timm, Stadtverwaltung Büsum-Wesselburen**, dar. Diese Kommune gründete gemeinsam mit Bürgern eine Genossenschaft, die ein Dienstleistungszentrum als Kern der Versorgungslandschaft errichtet hat, in das ein Bürgerbüro, eine Tagespflege, eine ambulant betreute Wohngemeinschaft sowie Servicewohnen integriert worden sind. ◀



Autor: **Dr. Berthold Becher**  
Beratung und Publizistik:  
Sozial und Gesundheitswirtschaft, Bonn  
>> [bertholdbecher@aol.com](mailto:bertholdbecher@aol.com)